

über die Konferenzsitzung des Landtages vom 21. Feber 1940
Abwesend der Abg. Joh. Beck, an dessen Stelle der Abg. Joh. Wachter
aus Schaan zugegen ist.

Anwesend ferner auch Reg. Chef Dr. Hoop, Dr. Vogt und Reg. Rat Arn. Hoop.
Schriftführer Gassner

Beginn $\frac{1}{2}$ 9 Uhr.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Traktandum:

1. Subventionsgesuch des Viehversicherungsvereines Mauren.

Der Landtag ist einheitlich für eine analoge Subventionierung wie
des Landesviehversicherungsvereines. Die Höhe soll auf Grundlage der
Versicherungssummen errechnet werden.

2. Gesuch der Winzergenossenschaft um Beihilfe zur Hagelversicherung.

Reg. Chef referiert über den Stand der Angelegenheit und erwähnt, dass
für die höchste Gefahrenklasse Frs. 4.90 Prämie und für jede Polizze
eine Gebühr von Frs. 1.30 zu entrichten sei. In der Schweiz werden sol-
che Versicherungen auch subventioniert, jedoch ungleich hoch. Wir glaub-
ten, einen Mittelsatz von 30% anzunehmen, dann aber kam ein Antrag, mit
der Subvention auf $\frac{1}{4}$ zu gehen, dafür aber die Polizzengebühren
zu übernehmen.

Dr. Schädler fragt an, ob es nicht günstiger käme, wenn eine Kollektiv-
polizze geschaffen würde, dann würden sich diese Gebühren erniedrigen.

Präsident klärt auf, dass hievon abgeraten werde, da dies in der Pra-
xis sich zum Vorteil auswirke. Auch in der Schweiz sei grundsätzlich
Einzelversicherung.

Dr. Vogt beantragt eine Subventionierung von 30% der Prämien und der
Polizzengebühren.

Risch glaubt, dass man eine eigene Versicherung machen sollte, da
man schon einen Fond habe.

Präsident glaubt, dass man zuerst Erfahrungen sammeln sollte und das
machen, wo man weniger riskiere.

Bühler spricht allgemein der Eigenversicherungstatktik das Wort. Er
würde sich überhaupt auf dem Gebiete des Versicherungswesens selbstän-
dig machen.

Dr. Schädler teilt mit, dass er den Rat Ospelt auftelefoniert habe. Die Einzelpolizze wollen sie aus folgenden Gründen einführen, weil der veine wegen einem Bagatellechaden sich anmeldet und wenn nun eine Kollektivpolizze bestehe, so grete eine Steigerung der Prämiengebühr ein.

Allgemein ist der Landtag für den Antrag Dr. Vogt's.

3. Gesuch der Alpgenossenschaft Kleinsteg zur Saminaverbauung.

Präsident klärt auf, dass die Verbauung vor etwa 3 Jahren gemacht worden sei. Das Land habe müssen eingreifen und fertig machen. Es habe sich herausgestellt, dass die Pflasterung kaput sei und es bestehe die Gefahr, dass die Seitenmauern zusammenfallen. Die Genossenschaft weigert sich aus wirtschaftlichen Nöten, 50% der Kosten zu übernehmen. Die Regierung empfehle 75 % auf das Land zu übernehmen. Dagegen seien dann allerdings etwas Bedenken erhoben worden und es sei der Vorschlag auf 70% wie bei Rufeverbauungen gefallen. Die ganze Arbeit komme auf ca. Frs. 3000 und er würde die Durchführung empfehlen, sonst sei mitunter alles gefährdet.

Der Landtag ist grundsätzlich für eine Subventionierung in dieser Höhe.

4. Bericht der Lawenawerkkommission über evtl. Reorganisation des Institutes.

Ferdi Risch stellt den Antrag, diese Angelegenheit in einer ganztägigen Sitzung zu behandeln. Dieser Antrag wird angenommen und die Behandlung auf nächsten Mittwoch im Beisein des Verwaltungsrates des LW verschoben.

5. Massnahmen zur Beschaffung landwirtschaftlicher Hilfskräfte.

Präsident referiert, dass der Zweck der ganzen Sache die Beschaffung von Arbeitskräften für die Landwirtschaft und dadurch eine Entlastung der landschaftlichen Bauplätze sei.

Reg. Chef Der Zweck der heutigen Aussprache sei nicht, einen Beschluss herbeizuführen, sondern lediglich zu beraten, wie neue Wege gegangen werden können. Die Regierung möchte die Stellungnahme des Landtages in dieser Frage kennen. Ich würde mir vorstellen, dass man die 18 und 19 Jährigen zu einem sogenannten Landjahr verpflichtet. Jedermann, der 20 Jahre ist, muss nachweisen können, dass er ein Jahr in der Landwirtschaft tätig gewesen ist.

Rigoros durchführen lässt sich die Sache bei uns nicht, weil die persönlichen Verhältnisse mitberücksichtigt werden müssen. Schätzungsweise würden so 100-130 Personen der Landwirtschaft zur Verfügung stehen. In Anbetracht der wirtschaftlichen Lage der Bauernschaft würde ich von der Regierung aus beantragen, die Prämie von Frs. 15 auf 20 im Winter und von Frs. 10 auf 15 im Sommer zu erhöhen. Wenn diese Zahl dieser zwei Jahrgänge nicht hinreicht zur Deckung des Bedarfes, so müsste man weiter drosseln bei jenen Arbeitern, die bei Gemeinde- und Landesarbeiten beschäftigt sind. Vielleicht müsste auch die grössere Schuljugend herangezogen werden. Es wird jetzt im Zuge der Reorganisation des Arbeitsamtes ein Arbeitsbuch eingeführt. Der Landtag mag sich nun aussprechen, ob er glaubt, dass so etwas durchführbar ist.

Eberle: Wir glauben, dass dieses Pflichtjahr nicht eingeführt werden müsste. Man bekommt genügend landwirtschaftliche Knechte, wenn man zur Vorschrift macht, dass dort wo einer auf landschaftlichen Arbeiten ist, der andere in der Landwirtschaft tätig sein muss. Dieser Antrag ist an der Delegiertenversammlung der Arbeiter ergangen.

Dr. Schädler glaubt, dass dieser Grundsatz bisan so gehandhabt worden sei, er habe aber nicht zum gewünschten Ziele geführt. Es müssen nach seiner Ansicht rigorosere und radikalere Massnahmen getroffen werden. Er empfiehlt eine Regelung im Sinne der Einführung eines Landjahres.

Präsident glaubt, dass ein Junger, der nie bei Landesarbeiten gewesen sei, sich besser in die Landwirtschaft einfügen lasse. Mancher bleibe dann auch dort, der Freude an der Landwirtschaft empfinde. Wo 3-4 seien in einer Familie, so teile er den Standpunkt Eberle's, dass einer in die Landwirtschaft gezwungen werden könne.

Bühler stellt einen Mittelantrag. Er sei mit beiden Vorschlägen Eberle's und Dr. Schädler's nicht ganz einverstanden. Wenn 18 oder 19 Jährige gezwungen werden, in der Landwirtschaft zu arbeiten, so laufen wir Gefahr, dass viele ins Ausland abwandern und dadurch sei der Landwirtschaft nicht geholfen. Er sei für eine Kombinierung beider Anträge und zwar so, dass man dort, wo es geht, die Leute herausnimmt in die Landwirtschaft und dass vorherrschend die 18 Jährigen hizu herangezogen werden sollen.

Sele gibt zu überlegen, ob nicht das Pflichtjahr mit 16 oder 17 Jahren

festgesetzt werden sollte. Auch sollten jene Arbeiter, die bei einem Andrang im Sommer zur Landwirtschaft herangezogen werden, bei der Ausstellung wieder auf landschäftliche Arbeiten zurückgehen können. Auch bei den Bauern müsste eine Kontrolle sein, dass nicht die Hilfskräfte nur ausgenützt werden.

Dr. Vogt Ich möchte den Antrag auf Einführung eines Landjahres warm unterstützen. Dies aus zwei Gründen:

1. Bedarf die Landwirtschaft mehr Arbeitskräfte oder ~~MMMM~~ sie muss die intensivere Wirtschaft einstellen, was aber nicht gut wäre.

2. Müssen wir auch für eine Entlastung des Arbeitsmarktes sorgen.

Es warten jungen Burschen $\frac{1}{2}$ Jahr auf landschäftliche Arbeit. ~~MMM~~ Wir haben jetzt Kriegsverhältnisse und sind in diesem Krieg eine Insel eines normalen Lebens. In allen Staaten werden die jungen Leute ins Militär eingezogen, warum können unsere jungen Leute nicht soviel

Gemeinsinn aufbringen. Das muss den Leuten gesagt werden. Je länger der Krieg geht, desto mehr Schwierigkeiten wird es geben und wir müssen hier von Anfang an eingreifen. Es ist nur die Frage, ob der Landtag und die Regierung den Mut hat, eine solche einschneidende Massnahme zu treffen. Andere Regierungen und Parlamente fragen auch nicht. Wenn ein wichtiges und brennendes Problem vorliegt, so muss es gelöst werden.

Dr. Schädler verweist auf unhaltbare Zustände, wo Leute Unterstützungen beziehen und den ganzen Winter um den Ofen herumhocken.

Präsident: Auch der Arbeiterverband sollte für diese Idee schaffen, dass ein Arbeiter auch in der Landwirtschaft etwas verdient. Die Frage der Versorgung ist heute wichtiger, als die Frage der Berufsbildung.

Kindle glaubt, dass es für die älteren Arbeiter interessant wäre, wenn die Jungen zu den Bauern gingen.

Eberle: In unserem Lande ist ziemlich viel gesündigt worden, dass man Ausländer, die als Knechte ins Land gekommen sind, zu landschäftlichen Notstandsarbeiten zugelassen hat.

Reg. Chef: In den letzten Jahren ist kaum mehr ein solcher Fall passiert, die gehen fast 10 Jahre zurück.

Schädler Eug. Ich bin dafür, dass man ein Landjahr einführt.

Obst:

Gehri: Ich bin auch einverstanden mit der Einführung eines Landjahres, aber nur, wenn man es fest handhabt. Es muss radikal durchgeführt werden mit Ausnahme von ganz besonders berücksichtigungswürdigen Fällen.

Bühler: Der Name Landjahr und Arbeitsjahr passt mir nicht recht. Ich möchte den Erfolg auf diese Art sehr in Frage stellen. Ich habe die Meinung, dass uns die jungen Burschen davonspringen. Ich glaube, dass durchgreifend geholfen wäre, wenn man das Arbeitsbuch einführen würde. Die Sache liesse sich so besser regeln und unvermekkter.

Dr. Schädler: Der Ausdruck Landjahr ist keine Schande. Ich würde das Zwangsjahr aber nicht für solche unter 18 Jahren einführen, sonst ist dem Bauer auch nicht geholfen.

Schädler Eug.: Wäre es nicht auch am Platze, dass man für die weiblichen Arbeitskräfte Zwangsmassnahmen trifft. Man bekommt niemand für die Landwirtschaft.

Dr. Schädler: Wie verhält es sich, wenn Streitigkeiten zwischen dem Landwirt und dem Knecht auftreten. Es muss auch eine Kontrolle da sein, nicht dass der Junge ausgebeutet wird.

Präsident: Hier werden die Bestimmungen des Arbeiterschutzgesetzes in Anwendung kommen. Vielleicht liesse sich auch eine Bestimmung ins Arbeitsbuch aufnehmen, dass ohne Zustimmung des Arbeitsamtes ein Stellenwechsel nicht möglich ist. Diese Fragen werden alle noch geprüft werden müssen. Es freut mich, dass die Diskussion sehr real aussieht und es wird getrachtet werden müssen, die Frage des Landjahres zu studieren und zwar bald, damit im Frühjahr die Landwirte Hilfskräfte erhalten. Ich glaube nicht, dass die Diskussion über diesen Gegenstand im offenen Landtag wiederholt wird.

6. Postneubau in Mauren.

Präsident: Der Landtag hat seinerzeit den Bau im eigenen Regie beschlossen. Die Regierung glaubte, dass mit Rücksicht auf die heutige Kriegslage die Landesgelder geschont werden und Büchel bauen sollte. Wir glaubten, dass der Landtag diese Sache billigt. Nun stellt sich heraus, dass gewünscht wird, dass das Land baut. Es erhebt sich nun die Frage, ob der alte Beschluss bestätigt oder revidiert werden soll und Büchel bauen soll. Die Vorbereitungen sollten getroffen werden bis im Frühjahr.

Dr. Vogt: Ich habe den Standpunkt schon wiederholt vertreten, dass es in der heutigen Zeit nicht opportun erscheint, dass das Land baut. Auch vom Standpunkt der Rentabilität kann ein Neubau durch das Land nicht befürwortet werden. Wenn die finanziellen Verhältnisse gesichert wären, ~~würde~~ würde ich es wagen. Ich bin absolut eingestellt gegen einen Neubau durch das Land.

Eberle: In der Bevölkerung ist allgemein die Auffassung, dass wenn Büchel privat baut, es herauskommt wie in Balzers. Ich bin grundsätzlich dagegen, dass ein Privater baut, wenn das Land ein bisschen in der Lage ist, zu bauen. Ich bin gegen eine Monopolisierung.

Reg. Chef: Finanziell glaube ich, dass der Bau durch das Land tragbar ist.

Bühler: Die Ausführungen von Dr. Vogt überraschen uns nicht. Im Oberland sind ein paar Hunderttausende in solche Projekte geworfen worden. Es ist interessant, dass das Sparsystem ausgerechnet gerade jetzt in Mauren angewendet werden soll. Finanziell ist es ja tragbar und eine Rendite auszurechnen, halte ich nicht für opportun. Wir haben dem Tunnel mutig zugestimmt und ein kleines Äquivalent hätte ich erwartet. Ich bin der Auffassung, dass dem Wunsche der Bevölkerung von Mauren, die ein Postgebäude von Seiten des Landes wünscht, stattgegeben wird. Auch vom Präsidenten ist immer die Auffassung vertreten worden, dass es besser ist, wenn solche Gebäude dem Lande gehören. Wir wollen keine Monopolisierung.

Dr. Vogt: Wenn man mir den Vorwurf macht, dass man zuviel spare, so fasse ich das als Kompliment auf. Im übrigen sollte nicht das Oberland gegen das Unterland ausgespielt werden.

Dr. Schädler: Ich begreife den Standpunkt des Bühler, aber es befremdet mich etwas, dass man das Oberland gegen das Unterland ausspielt. Man will weder der Gemeinde Mauren noch dem Unterlande wehe tun. Die heutigen Seiten erfordern eine besonders vorsichtige Behandlung. Unter den dringlichen Arbeiten stelle ich das Tunnel dem Postgebäudebau voran. Wenn dieser Betrag dem Lande keine Schmerzen verursacht, dann soll man ihn beim Tunnel verwenden. Ich würde heute nicht befürworten, ein Postgebäude zu erstellen, aber nicht deshalb, weil es gerade in Mauren ist, sondern überall, wo ein Postneubau in Frage käme.

Hoop Franz: Wenn Büchel baut, so wird er das Geld auch von der Sparkasse nehmen. Das Geld wird der liecht. Wirtschaft also auch entzogen.

Reg. Chef: In einem Fall zieht das Land das Geld weg und im anderen Büchel.

Schädler Eug.: Ich bin dafür, dass man den gefassten Beschluss aufrecht hält. Dann hat man bei Besetzungen immer freie Hand.

Präsident: Mein Standpunkt ist klar, dass man baut, wo es die Finanzen erlauben. Man ist dann nicht abhängig. Was wichtig ist in Mauren, ist folgendes. Mauren ist im Zentrum stark verbaut. Wenn ein Privater baut und es würde nachher das Haus nicht mehr zur Verfügung stehen, so steht eben der Platz nicht mehr zur Verfügung.

Brunhart Heinr.: Liegt nicht ein Antrag von der Gemeinde Mauren vor?

Präsident verliest das Schreiben, worin die Ortsvorsteherung zum Ausdruck bringt, dass gebaut werden soll, aber es sei ihnen gleich, wer bane.

Bühler: Ich bin damals von der Gemeindevertretung ersucht worden, mich für den Bau durch das Land einzusetzen. In der Gemeinde ist keine andere Auffassung. Ich kann nur darauf hinweisen, dass diese Antwort einen persönlichen Charakter hat. Ich bin da für das Volk und nicht für 3 Familien. Zwei Gesuche der Gemeinde liegen vor, dass das Land bauen soll und ich möchte bitten, dass dieses jüngste Schreiben nicht verlesen wird im Landtage.

Kindle: Ich würde den gefassten Beschluss bestätigen, wenn die Mittel sowieso aus der Sparkasse fleissen müssen.

Brunhart Louis: vertritt ebenfalls diesen Standpunkt.

Allgemein ist der Landtag für den Postgebäudebau durch das Land, die Abstimmung erfolgt erst im öffentlichen Landtag.

7. Gesuch der Gemeinde Planken um Freigabe ~~MMMM~~ gesperrten Einbürgerungstaxen zum Bodenkauf.

Präsident bringt das mündliche Ersuchen der Ortsvorsteherung Planken, wonach sie die Möglichkeit hätten, einen Komplex Boden zu kaufen.

Der Landtag stimmt der Freigabe des Restbetrages mit Ausnahme der Anteilsquote zur Scheidgrabenregulierung zum Ankauf dieses Bodens mehrheitlich zu.

Schluss der Sitzung 1/4 vor 12 Uhr.